

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 12, Dezember 2013)

Denn Augen haben und Betrachten ist nicht dasselbe.

Augustinus

MINDESTLOHN

Ein bundesweiter gesetzlicher Mindestlohn kostet keine Arbeitsplätze. Als Haltelinie nach unten ist er dringend nötig

Deutschland ist ein reiches Land. Aber die Verteilung stimmt nicht: Die Vorstandsmitglieder der börsennotierten Konzerne verfügen über ein Einkommen, das im Schnitt 53-mal so hoch ist wie das eines durchschnittlich eingruppierten Angestellten im gleichen Konzern. Das hat gerade erst eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. Die Politik der radikalen Umverteilung nach dem Motto „Von unten nehmen, nach oben geben“ hat dem Land eine neue deutsche Teilung beschert.

Eine verbindliche Untergrenze

Und in dem einen Teil gedeiht der Niedriglohn. Beschämend sind die Zahlen, die Arbeitsmarktforscher seit Jahren schon zur Lage in Deutschland vermelden müssen: Knapp drei Millionen Beschäftigte verdienen weniger als sechs Euro die Stunde und knapp sieben Millionen weniger als 8,50 €, wie das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen ermittelt hat. Die Zahl der Beschäftigten, die ihre niedrigen Löhne mit staatlicher Hilfe aufstocken müssen, beträgt nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit rund 1,3 Millionen. Laut Statistik der Bundesagentur darunter 350.000 Beschäftigte, die Vollzeit arbeiten. „Notwendig wäre ein gesetzlicher Mindestlohn als verbindliche Untergrenze, die in keiner Branche unterschritten werden dürfte und für alle Beschäftigtengruppen gelten müsste“. sagt dazu der Arbeitsmarktforscher Thorsten Kalina vom IAQ. Ein flächendeckender, gesetzlich festgeschriebener Mindestlohn, wie die Gewerkschaft ver.di ihn seit 2006 schon fordert - und inzwischen alle DGB-Gewerkschaften. Mit stetig wachsender Zustimmung aus der Bevölkerung: Mehr als 80% der Menschen in Deutschland befürworten den gesetzlichen Mindestlohn, wie mehrere Umfragen ergaben. Angesichts dieser eindeutigen Mehrheit im Land, die das Geschäfts-

modell Niedriglohn ablehnt, zeigen mittlerweile auch die Unionsparteien Gesprächsbereitschaft. Der Mindestlohn ist eines der zentralen Themen in den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD. Allerdings stehen Union und Sozialdemokraten für zwei fundamental unterschiedliche Konzepte. Die Unionsparteien sprechen von Lohnuntergrenzen, die in den Branchen und Regionen unterschiedlich hoch sein können, will heißen: hier 6,80 €, dort 8,50 € und wieder andernorts 5,90 €, womöglich sogar noch nach Ost und West unterteilt. Ein Konzept von Lohnuntergrenzen, so der Arbeitsmarktforscher Kalina, das "deren Durchsetzung und Überprüfung erheblich erschweren würde".

Drohkulisse ohne Beleg

Die SPD dagegen hat im Wahlkampf versprochen, an ihrer Forderung nach einem bundesweit einheitlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 8,50 € festhalten zu wollen. Bei Redaktionsschluss war noch kein Ergebnis zum Mindestlohn aus den Koalitionsverhandlungen bekannt. Begleitet werden die Verhandlungen von schrillen Warnrufen aus den Arbeitgeberverbänden: Der Mindestlohn werde zu massenhaftem Arbeitsplatzverlust führen. Eine Drohkulisse ohne Beleg. In Staaten wie etwa Großbritannien, die den einheitlichen Mindestlohn längst haben, hat er nicht zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, wie Studien immer wieder zeigen. Aber es geht ja um nichts weniger als ein florierendes Geschäftsmodell, Wettbewerb per Niedriglohn, und der Staat stockt aus Steuergeldern auf.

aus Verdi-Publik 07/2013 von Maria Kniesburg

Manager verdienen 53 Mal mehr als Arbeitnehmer

Vorstände deutscher Top-Konzerne haben nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung 2011 im Mittel 53 Mal so viel verdient wie durchschnittliche Beschäftigte in ihrer Firma. Am größten waren die Unterschiede bei Volkswagen. Dort hätten die Vorstandsmitglieder 170 Mal so viel erhalten wie ein durchschnittlicher Beschäftigter.

aus: Lübecker Nachrichten vom 05.11.2013

Wer hat Angst vor Transparenz?

So manche Nonprofit-Organisation wird noch nach Gutsherrenart geführt. Dabei gilt das Motto "Wissen ist Macht!"

Besonders gerne werden Informationen über die wirtschaftliche Lage zurückgehalten. Bei positiven Ergebnissen könnten z.B.

- Spender mit Spenden zurückhaltender sein,
- Zuwendungsgeber die Notwendigkeit einer Unterstützung in Frage stellen,
- Kostenträger zäher verhandeln,
- die Belegschaft mehr Lohn erwarten und
- Mitglieder, Klienten oder andere Anspruchsgruppen umfänglichere Unterstützung einfordern.

Während selbst kleine GmbHs ihren Jahresabschluss veröffentlichen müssen, bestehen entsprechende Pflichten bei Stiftungen und Vereinen nicht. Beispielsweise veröffentlicht einer der größten gemeinnützigen Arbeitgeber in der Rechtsform des Vereins nur alle vier Jahre einen "Geschäftsbericht", der zwar detailliert berichtet, wie viele Gäste an welchem Empfang oder anderen Veranstaltungen begrüßt werden konnten, aber Aussagen über Vermögen, Umsatz und wirtschaftliches Ergebnis konsequent verschweigt.

Immerhin wird die komplexe Unternehmensstruktur in einem Organigramm dargestellt und die Zahl der MitarbeiterInnen genannt. Vor vier Jahren war die Zahl der MitarbeiterInnen nur im Grußwort und nicht im Bericht über das Unternehmen zu finden, dafür wurden noch die Umsätze einzelner Organisationseinheiten verraten.

Dass gemeinwohlorientierte Organisationen einerseits steuerliche Vorteile und öffentliche Zuwendungen in Empfang nehmen, aber sich andererseits der Öffentlichkeit gegenüber zugeknöpft geben als viele Wirtschaftsunternehmen ist schwerlich legitimierbar. Menschlich mag es verständlich sein, dass sowohl ein hohes, Begehrlichkeiten weckendes Ergebnis ebenso wie Misswirtschaft und bedrohliche Insolvenznähe gerne versteckt werden. Politisch beschädigt solches Verhalten jedoch das Ansehen des Dritten Sektors und schwächt die Nonprofit Governance der jeweiligen Organisation.

Zunehmend reagieren Mitglieder, Spender, Kooperationspartner und Öffentlichkeit zu Recht kritisch auf die Zurückhaltung belastbarer Informationen. Etablierte Spendensiegel und Regeln für eine transparente Berichterstattung setzen Branchenstandards und werden hoffentlich zunehmend zur selbstverständlichen Messlatte jeder seriösen gemeinnützigen Organisation.

Auch intern gegenüber der Belegschaft, Mitgliedern und Aufsichtsgremien fördert Transparenz eine positive Unternehmenskultur, die auf Vertrauen, Verständnis und Engagement aufbaut.

Dabei sollten MitarbeiterInnen über die Lage ihrer Organisation nicht erst informiert werden, wenn schlechte Ergebnisse Einschnitte bei den Lohnzahlungen erfordern, um die Insolvenz abzuwenden, sondern auch in guten Zeiten, in denen Weitsicht

erforderlich ist, um Rücklagen für schwierigere Zeiten zu bilden und in zukunftsfähige Strukturen und Angebote zu investieren. In solchen Fällen erfordert Transparenz zweifelsohne die Bereitschaft zu kritischen Auseinandersetzungen und einem offenen Dialog.

Erst in den letzten Jahren tut sich auch auf Ebene der Spitzenverbände etwas. So wurden z.B. [gemeinsame Transparenzstandards](#) vom [Deutschen Caritasverband](#) und der [Diakonie Deutschland](#) herausgegeben. Die 2010 beschlossenen Transparenzstandards teilen sich in Soll- und Kann-Module auf. "Ziel ist es, die Transparenzstandards in Form einer Selbstverpflichtung der Rechtsträger in der Praxis wirksam werden zu lassen." Verbindlichkeit klingt zwar anders, aber immerhin wird die Diskussion über Transparenz auf oberster Ebene und öffentlich geführt.

Frei von verbandlichen Interessen und offen für Organisationen aller Art sind die Standards der "[Initiative Transparente Zivilgesellschaft](#)" von [Transparency International Deutschland](#). Die Initiative wird von bisher neun renommierten Organisationen getragen, vom Bundesverband Deutscher Stiftungen bis zum Zusammenschluss developmentspolitischer Organisationen VENRO. Von den Wohlfahrtsverbänden ist bisher leider noch kein Spitzenverband als Träger beteiligt, aber auch soziale Organisationen wenden den Standard bereits an.

Insgesamt gibt es aktuell 461 Unterzeichner, die sich zur Anwendung verpflichtet haben. Der Standard verlangt sehr praxisnah [zehn Informationen](#), die leicht zugänglich und übersichtlich auf der Homepage zu veröffentlichen sind. Dazu gehören auch Angaben zur Mittelherkunft und -verwendung.

aus: www.socialnet.de Verfasser: Christian Koch

Wir wünschen unseren Lesern und Leserinnen eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Jahreswechsel.

ür Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an mathias.mees@web.de

Unsere nächsten Treffen finden statt am 15. Januar, am 10. Februar und am 10. März 2014 jeweils von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

In ihm war das Leben, und das Leben war das Licht der Menschen.

(Monatsspruch Dezember 2013 aus Johannes 1,4)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg